Beschluss (vorläufig) Zukunft macht Schule

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	29.10.2024
Tagesordnungspunkt:	4 Inhaltlicher Schwerpunkt: Zukunft macht Schule

Antragstext

Ein erfolgreiches Bildungssystem sorgt dafür, dass wir uns entfalten können, Selbstwirksamkeit erleben und eigenverantwortliches Handeln lernen. Eine gute Bildung ist eine inklusive Bildung - mit einem Blick für die Bedürfnisse der Mitmenschen und demnach wichtig für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt, für ein gutes Miteinander und nicht zuletzt für unsere Demokratie. Dabei ist inklusive Bildung eine Bildung, die auf die individuellen Kompetenzen aller Schüler:innen eingeht. Ein fortschrittliches Bildungssystem ist Grundlage für kluge Ideen in der Zukunft. Mit einer inklusiven und zukunftsfähigen Schulbildung schaffen wir die Grundlagen für den nachhaltigen Wohlstand von morgen.

Doch ein zukunftsfähiges Bildungssystem braucht auch die besten Rahmenbedingungen. Dementsprechend reicht es nicht an einzelnen Stellschrauben zu drehen, um etwas für gute Bildung in unserem Land zu tun. Wir müssen das große Ganze fest im Blick haben und daran unsere Schritte für die Schule mit Zukunft ausrichten.

Unsere rheinland-pfälzische Bildungslandschaft ist geprägt von engagierten Fachkräften, die tagtäglich die ihnen anvertrauten Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen dabei unterstützen die individuellen Potentiale bestmöglich zu entfalten. Unsere rheinland-pfälzische Bildungslandschaft ist allerdings auch vom Fachkräftemangel gekennzeichnet, unter dem nicht nur Lehrer:innen, sondern auch die Schüler:innen leiden. Zunehmend komplexe Aufgaben müssen auf zu wenige Schultern verteilt werden. Das sorgt für Frustration und Überlastung.

Vor den Lehrkräften sitzen außerdem von der Pandemie gebeutelte und von Kriegen und Klimawandel belastete Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die momentan nicht selten wenig zuversichtlich in die Zukunft blicken und sich vor dem Hintergrund all dieser Krisen fragen, wofür sie überhaupt noch lernen sollen. Diese mentalen Belastungen der Kinder und Jugendlichen zeigen sich auch in den Ergebnissen von PISA, IQB und Co. Die Ergebnisse sind zurecht alarmierend, doch statt darauf mit noch mehr Druck zu reagieren, wollen wir unser Bildungssystem in Gänze in den Blick nehmen und es auf wissenschaftlicher Basis einem Realitätscheck unterziehen.

Die zunehmende Digitalisierung aller Bereiche unserer Gesellschaft wirft zusätzlich die Frage auf, welche Bildung wir für eine digitale Zukunft brauchen. Möglichkeiten Künstlicher Intelligenz werfen bisherige Lehrplaninhalte über den Haufen, schaffen aber auch die Notwendigkeit für neue Ansätze. Eine zukünftige Bildungslandschaft muss sich nicht nur den Risiken einer digitalen Welt widmen, sondern auch junge Menschen befähigen, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Dabei muss analoges und digitales Lernen zusammengedacht werden: Individuelle Förderung benötigt ihren Platz genauso wie das Erleben von Miteinander und das Diskutieren und Ringen um gute Lösungen in der Gruppe.

Digitale Angebote müssen zielgerichtet eingesetzt und barrierefrei ausgestaltet werden.

Bei all dem steht für uns im Vordergrund, was unsere Schüler:innen brauchen, um Freude am Lernen, Entdecken und Erfinden zu empfinden und was notwendig ist, damit sie für das weitere Leben vorbereitet sind.

Alle im Folgenden aufgeführten Ideen und Maßnahmen sollen dazu dienen, Schulen zukunftsfähig zu machen. Sie versuchen Antworten auf die zunehmende Heterogenität in unseren Schulklassen, auf Armut als Bildungshemmnis, auf Sprachprobleme, den Fachkräftemangel, auf die Notwendigkeiten der Digitalisierung sowie das Durchbrechen der von sehr vielen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen empfundenen Perspektivlosigkeit. Wir geben also eine Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit und zeigen unseren Weg zu einer gerechten, nachhaltigen und inklusiven Bildung in Rheinland-Pfalz.

Für einen gelingenden Schulanfang

Um allen Kindern einen guten Start in die Schule zu ermöglichen, ist der Übergang von der Kita in die Grundschule entscheidend. Die Intensivierung der Bildungspartnerschaft zwischen Kitas und Grundschulen, wie wir sie im neuen Kita-Gesetz festgelegt haben, war bereits ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Zudem haben wir in der Landesregierung die Schulanmeldung um ein halbes Jahr vorverlegt, um noch einmal spezifischer diejenigen Kinder in den Blick nehmen zu können, die unsere Förderung besonders brauchen. Auf diese Weise gewinnen wir Zeit, diese Kinder umfassend zu fördern, damit der Übergang in die Grundschule gelingt. Deshalb stärken wir insbesondere die Sprachförderung und haben die Sprachbeauftragten in unseren Kitas strukturell verankert und gestärkt.

Zudem wollen wir dafür Sorge tragen, dass es an den Schnittstellen zwischen Kita und Grundschule sowie Grundschule und weiterführender Schule zu keinen Lücken und Brüchen bezüglich der Förderbedarfe kommt und die hier notwendigen Informationen weitergegeben werden. Weiterhin wollen wir insbesondere in den Grundschulen jahrgangsübergreifende Lerngruppen fest verankern, um der Vielfalt der Kinder auch tatsächlich gerecht werden zu können.

Für eine neue Lehrkräftebildung

Es ist längst bekannt, dass ein gutes Lehrkräfte-Schüler:innen-Verhältnis den Bildungserfolg maßgeblich beeinflusst. Eine den Lernenden zugewandte Lehrkraft, die begeistert und zum Lernen motiviert, sorgt auch für Begeisterung im Klassenraum und wirkt sich umgekehrt positiv auf die Arbeitszufriedenheit der Lehrkraft aus. Es ist daher von großer Bedeutung, insbesondere diejenigen für den Beruf zu gewinnen, die tatsächlich gerne mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeiten. Diese Frage sollte dementsprechend im Studium und Vorbereitungsdienst immer wieder angesprochen und mit den Erfahrungen in den Praktika abgeglichen werden.

Das heißt, wir brauchen eine deutlich praxisnähere Ausbildung, die die Pädagogik in den Vordergrund rückt und unsere Lehramtsanwärter:innen in ihren Fragen zur Lehrfähigkeit ernst nimmt. Vor diesem Hintergrund wollen wir auch die Einführung eines dualen Bachelor- und Masterstudiums mit integriertem Vorbereitungsdienst voranbringen.

Auch inhaltlich wollen wir die Ausbildung stärker an die aktuellen Anforderungen im Schulalltag anpassen. Differenzierter Unterricht und eine inklusive Pädagogik sind Maßgabe jedes Unterrichtens. Wir streben ein Stufenlehramt an, in dem nicht mehr nach Schulformen unterschieden wird, sondern allein nach dem Alter der Schüler:innen und den damit zusammenhängenden spezifischen Herausforderungen.

Erst- oder Fünftklässler:innen brauchen eine andere Pädagogik als Achtklässler:innen oder Oberstufenschüler:innen. Das Lehramt nach Altersstufen zu denken, kommt nicht nur den Schüler:innen zugute, sondern auch den angehenden Lehrkräften, da sie so besser auf die spezifischen altersbedingten Anforderungen vorbereitet werden können.

Auf diese Weise stärken wir auch das Grundschullehramt sowie die Grundlagen für eine bessere individuelle Förderung. Diese Reform des Lehramtsstudiums ist somit auch ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem einheitlichen Einstiegsgehalt Besoldungsstufe A13 für Lehrkräfte aller Schulformen auf Basis einer einheitlichen Studiendauer, die es zu implementieren gilt. Wir werden allerdings auch weiterhin unabhängig von einer Reform der Lehrkräftebildung für politische Mehrheiten im Zusammenhang mit der Besoldungsstufe A13 für Alle werben, denn unsere Grundschullehrkräfte verdienen es auch jetzt schon, adäquat vergütet zu werden.

Gute Startchancen für alle Schüler:innen

Ebenso wichtig für die Zufriedenheit der Mitarbeitenden im Bildungssystem und den Bildungserfolg der Schüler:innen ist das Schulklima. Schulen sollten Orte der Zuversicht sein, in denen alle ihre Potentiale bergen und für eine gute Zukunft lernen. Dementsprechend sollte Schule so gestaltet sein, dass alle an Schule Beteiligten gerne zur Schule gehen, weil sie sich vor Ort wohl fühlen und von den jeweiligen Begegnungen profitieren. Gute Startchancen sind allerdings ungleich verteilt. Umso wichtiger ist es, dass Schulen ebenjenen Kreislauf aus Armut und Bildungsmisserfolg durchbrechen. Programme wie das Startchancenprogramm sind bereits ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Durch die gezielte Förderung von Kindern und Jugendlichen in Schulen in sogenannt herausfordernder Lage soll der Bildungsungleichheit Einhalt geboten werden. Ziel einer guten Bildungspolitik sollte aus unserer Sicht jedoch sein, dass es künftig keine Schulen in herausfordernder Lage mehr gibt.

Für uns ist klar: Mehr Durchmischung schafft mehr Chancen, ist gut für die Integration neu zugewanderter Kinder und Eltern, für die Sprachförderung, für das soziale Lernen und letztlich auch für unsere Demokratie. Auch in der Bildung sollte also ein Solidarprinzip gelten und Schüler:innen aus armutsgefährdeten und nicht-armutsgefährdeten Milieus zusammenkommen, um so das Beste für alle zu erreichen. Auf diese Weise tragen wir nicht nur zu einem guten Schulklima für alle bei, sondern sorgen auch dafür, dass bisher stigmatisierte Schulen zu beliebten Schulstandorten werden.

Unsere Integrierten Gesamtschulen machen es vor und sind hier beispielgebend. Dementsprechend wollen wir Hürden bei der Gründung neuer Integrierter Gesamtschulen abbauen und auch hier endlich für Chancengleichheit sorgen. Dies entspricht nicht nur unserer Forderung nach längerem gemeinsamen Lernen, sondern auch dem Willen der Eltern und Schüler:innen, wie die Anmeldezahlen Jahr für Jahr zeigen.

Ein gutes Schulklima beugt auch Konflikten und Mobbing vor und stärkt den Teamgedanken in der Schülerschaft. Wir wollen alle Akteur:innen in der Schule dazu ermutigen, sich für mehr Zivilcourage einzusetzen. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene dürfen nicht länger die Verantwortung dafür tragen, sich gegen jede Form der Gewalt zu wehren, sondern die gesamte Schulgemeinschaft sollte ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Streitschlichter:innen, Mediator:innen und Supervisor:innen sollten selbstverständlicher Teil des Schullebens werden.

Moderner Unterricht: Inklusiv und interessengeleitet

Die ratifizierte UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ist der Kompass: Inklusion ist ein Menschenrecht. Dieses Menschenrecht dürfen wir nicht länger verwehren. Im Rahmen der Schulordnung für den inklusiven Unterricht sind wir dieses Jahr einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung gegangen. Nunmehr gilt, dass neu gegründete öffentliche Schulen grundsätzlich inklusive Schulen sein sollen und setzen damit ein klares Zeichen, dass Inklusion künftig die Regel und weniger die Ausnahme sein wird. Zusätzlich sind wir einen ersten Schritt hin zu einem inklusiven Schulanfang gegangen. Zudem werden etwaige Förderbedarfe nunmehr immer wieder überprüft, um den Kindern tatsächlich die Förderung zukommen zu lassen, die sie brauchen. Das Ziel ist dabei stets die Rückkehr an die allgemeine Schule, wo immer dies möglich ist, und das Orientieren am Abschluss der Berufsreife bei erschwerten Bedingungen des Lernens.

Das sind wichtige Schritte. Wir müssen uns aber weiter dafür einsetzen, dass inklusiver Unterricht gelingt. Gemäß den Leitzielen des Landesaktionsplans zur Umsetzung der UN-BRK muss Inklusion im schulischen Kontext also noch sichtbarer für alle Beteiligten ausgestaltet werden. Dementsprechend brauchen wir für multiprofessionelle Teams an Schulen deutlich mehr Förderschullehrkräfte, gut ausgebildete Pädagogische Fachkräfte und Integrationsfachkräfte im Regelsystem. Die grundständige Ausbildung mit inklusionspädagogischen Inhalten muss zum verpflichtenden Thema in der gesamten Lehramtsausbildung, Fort- und Weiterbildung an den Universitäten und in den Studienseminaren werden.

Auch die Integrationshelfer:innen wollen wir stetig weiterqualifizieren und landesweit geltende Standards mit unseren fachlich zuständigen Hochschulen erarbeiten. Zudem sehen wir Vorteile darin, wenn bei den Schulen Integrationshelfer:innen fest zugewiesen sind. Darüber hinaus brauchen wir Förderschullehrkräfte, die fest an ihrer Schule verankert sind und nicht als Aushilfen in verschiedenen Schulen eingesetzt werden. Auch Doppelstrukturen müssen auf den Prüfstand. Förderschulen sollten die Ausnahme sein. Förderschüler:innen mit dem Förderschwerpunkt Lernen sollten vorrangig wohnortnahe Regelschulen besuchen. Gleichzeitig wollen wir einen Ausbau inklusiver Schulen, ausgeweitet auf alle Schularten.

Für den Lernerfolg ist ebenso wirksam und wichtig, dass wir Lernende in die Unterrichtsgestaltung einbinden, ihre Interessen berücksichtigen und sie auch so am Schulleben beteiligen. Mit diesem prüfenden Blick werden wir uns die Rahmenlehrpläne kritisch anschauen, sowie Lehrkräfte ermutigen, eigene Akzente zu setzen, einzelne Themen im Interesse ihrer Schüler:innen intensiver zu bearbeiten als andere und mit innovativen Unterrichtsansätzen zu experimentieren. Entschlackte Lehrpläne unter Berücksichtigung des pädagogischen Konzepts der Bildung für nachhaltige Entwicklung und der globalen

Nachhaltigkeitsziele geben mehr Raum für Demokratiebildung, Soziales Lernen, Reflexion und stärken ein gutes Miteinander. Somit erfahren die Lernenden Selbstwirksamkeit. Auch für notwendige Individualisierungen und Lernphasen nach eigenem Tempo kann so mehr Platz geschaffen werden.

Zu einem modernen Unterricht zählt auch eine moderne Feedbackkultur. Lernende wollen Feedback und Wettbewerb. Was sie allerdings weder brauchen noch wollen, ist eine Leistungsfeststellung in Form von Tests und Klausuren, die ihnen zwar ihren aktuellen Status Quo im Klassengefüge durch eine Ziffernbenotung aufzeigt, ihnen jedoch darüber hinaus weder Auskunft zu ihren individuellen Lernfortschritten gibt, noch aufzeigt, an welchen Stellschrauben gedreht werden kann, um individuell besser werden zu können. Wir setzen uns für ein modernes Verständnis der Leistungsbeurteilung ein. Eine Note alleine ermöglicht den Lernenden keine Weiterentwicklung der eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten.

Neben der traditionellen Leistungsbewertung durch Ziffernoten möchten wir individualisiertes Feedback als zweite Säule der Leistungsfeststellung etablieren. Dieses personalisierte Feedback ermöglicht es jedem Lernenden, seine Fortschritte zu erkennen und Lernschwierigkeiten frühzeitig zu identifizieren. So schaffen wir die Grundlage für individuelle Verbesserungen und Erfolge, was die Motivation der Lernenden erheblich steigert.

Unser Ziel ist es, ein modernes Verständnis der Leistungsbeurteilung zu fördern. Dazu gehört auch eine größere Vielfalt an Formen der Leistungsfeststellung. Diese Vielfalt wollen wir unterstützen, indem wir die Lehrkräfte durch gezielte Fortbildungen qualifizieren und für eine angemessene zeitliche Entlastung sorgen. Durch eine ergänzende Förderdiagnostik erkennen wir individuelle Bedarfe frühzeitig und können notwendige Unterstützungsmaßnahmen etablieren.Um dies zu ermöglichen, setzen wir auf landesweite Standards und Systematiken.

Ein moderner Unterricht setzt auch flexible Unterrichtseinheiten voraus. Statt Stundentafeln mit enger Lehrplantaktung wollen wir mehr Flexibilität und Verfügungs- und Lernzeiten, die jahrgangsübergreifendes und projektorientiertes Lernen ermöglichen.

Um die Ergebnisse der Lern- und Schlafforschung endlich ernst zu nehmen, möchten wir auf die Frage nach späteren Schulanfängen und Gleitzeitmodellen Antworten geben. Modellprojekte in diesem Bereich wollen wir unterstützen. Bestehende Buslinien und ÖPNV-Takte dürfen nicht den Unterrichtsbeginn diktieren. Gegebenenfalls kann es hier auch zu Entlastungen des ÖPNV in Stoßzeiten kommen.

Unsere Schullandschaft ist im Wandel und muss sich stärker daran orientieren, was wirklich zum individuellen Bildungserfolg beiträgt. Diesen Veränderungsprozess wollen wir auf Grundlage von wissenschaftlichen Erkenntnissen voranbringen und dafür einen wissenschaftlichen Beirat fest beim Bildungsministerium verankern.

Ganztag kindgerecht gestalten

Das Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG) ist eine große Chance, noch einmal gezielter in den Ganztag zu investieren. Schüler:innen profitieren von der Ganztagsschule wenn es gelingt, am Nachmittag kind- und jugendgerechte Angebote zu präsentieren. Das beginnt mit einem hochwertigen und gesunden Mittagessen entlang der DGE-Standards für alle unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Wir setzen auch weiterhin auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Schulen als Teil von regionalen Bildungslandschaften, Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, Vereinen, Musikschulen und Kunst- und Kulturschaffenden, um den Kindern ein breites Angebot an Bewegung, Musik, Kunst, Kultur, Natur, Spiel und Spaß im Ganztag zu bieten. Da es hier leider allzu oft an zeitlichen und personellen Ressourcen scheitert, müssen auch hauptamtliche Kräfte für die Gestaltung des schulischen Ganztags gewonnen werden. Dies gelingt nur bei angemessener Bezahlung und absichernden Arbeitsverträgen.

Der Ganztag bietet Kindern und Jugendlichen aber auch die Chance, ihre Lehrkräfte in einem anderen Kontext neu und anders kennenzulernen: in Projekten, beim Sport, beim Musizieren, beim Basteln, beim Fußball, bei der Gartenarbeit, beim Bau einer Hütte. Das stärkt die Bindung innerhalb der Schulgemeinschaft und wirkt sich wiederum positiv auf den Unterricht und das Schulklima im Ganzen aus. Dementsprechend brauchen wir die Lehrkräfte auch im Ganztag. Ganztagsunterricht darf nicht nur von PES-Kräften und anderen Vertretungs-/Lehrkräften abgedeckt werden.

Sprache als Schlüssel zur Integration

Sprache ist der Schlüssel zur Welt und wichtig für die Integration. Nur wer deutsch versteht, schreiben und lesen kann, ist in der Schule langfristig erfolgreich. Daher ist es richtig, dass wir in den letzten Jahren über 90 Millionen Euro in die Sprachförderung an Kindertagesstätten und Schulen investiert haben. Auch im Rahmen der vorgezogenen Schulanmeldung legen wir ein besonderes Augenmerk auf die Sprachfähigkeiten der Kinder, weil wir wissen, wie wichtig die frühe Sprachbildung für den Bildungserfolg ist. Umso wichtiger ist es, dass wir möglichst viele Kinder erreichen. Dementsprechend muss der Ausbau der Kita-Plätze Hand in Hand gehen mit vereinfachten Anmeldeverfahren, leicht zugänglichen Hilfestellungen bei der Anmeldung von Kindern, sowie der direkten Ansprache all derjenigen Eltern, die das Angebot entweder nicht kennen oder nicht wissen, wie sie für ihre Kinder Kita-Plätze bekommen.

Wir wehren uns weiterhin gegen die Einführung von Deutsch-Intensivklassen, in denen Kinder und Jugendliche mit keinen oder geringen Deutschkenntnissen isoliert von allen anderen Schüler:innen Deutsch lernen, bevor sie am Regelunterricht teilnehmen. Stattdessen setzen wir auch künftig auf die Mischung aus Deutsch- und Regelunterricht, damit die betroffenen Schüler:innen sich von Beginn an als selbstverständlichen Teil der Schulgemeinschaft fühlen. Doch auch hier gilt: Das sogenannte Sprachbad gepaart mit Deutschintensivkursen funktioniert am besten in Schulen und Klassen, in denen die Mehrheit der Schüler:innen Deutsch im Alltag gut sprechen. Auch hier stellen dementsprechend durchmischte Schulen einen Vorteil für die Lernenden dar.

Für einen guten Start in den Beruf oder Studium

Guter Unterricht ist aus unserer Sicht immer und unweigerlich mit der Frage des „Wie geht es nach der Schule weiter?“ verknüpft. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene brauchen ein Ziel vor Augen, etwa in Form eines Berufswunschs, für den es sich zu lernen lohnt. Daher spielt auch die Berufs- und Studienorientierung ab dem Jugendalter eine wesentliche Rolle und sollte stets die Lernbiographie beratend begleiten, damit Lernen zielgerichteter stattfindet. Überall dort, wo es sich die Schulgemeinschaft wünscht, sollten Praxistage unbürokratisch in den Schulalltag aller Schulen integriert werden können. Vor

diesem Hintergrund wollen wir Schule und Ausbildung auch zunehmend zusammen denken und im Rahmen von dualen Oberstufen Schüler:innen ermöglichen, parallel zur Schule eine Ausbildung zu absolvieren, so dass sie am Ende bestenfalls ein Abitur und einen Gesellenbrief in Händen halten können. Hierfür wollen wir geeignete Unternehmen und Schulstandorte identifizieren und erste Angebote auf den Weg bringen. Dabei orientieren wir uns an funktionierenden Projekten in anderen Bundesländern.

Schulischer Abschluss im Fokus

Sollte trotz all dieser Ideen und Maßnahmen ein berufsqualifizierender Abschluss gefährdet sein, müssen wir mit gezielter Förderung einsteigen. Das heißt, wir wollen speziell für diese Schüler:innen den Ganztag verpflichtend machen und ihn so gestalten, dass er für die einzelnen Jugendlichen einen tatsächlichen Mehrwert hat und nicht als Bestrafung für schlechte Leistungen empfunden wird. Auch wollen wir belastbare Bildungsverlaufsdaten erheben. Kein Jugendlicher darf mehr das Schulsystem verlassen, ohne dass wir wissen, wo er oder sie am Ende gelandet ist. Nur so können wir unterstützend eingreifen und altersunabhängig begleiten und fördern. Dies gilt genauso für junge Geflüchtete, die beispielsweise auf Grund ihres Alters nicht mehr schulpflichtig sind, aber dennoch auf eine gute Schulbildung und einen Abschluss für eine gute Zukunft in Deutschland angewiesen sind. Auch diese dürfen nicht durch das Raster der Förderung fallen, weshalb wir ihnen das Recht auf Beschulung bis zum 25. Lebensjahr in geeigneter Form einräumen wollen.

Entlastung der Lehrkräfte - Starke Schulleitungen

Lehrkräfte brauchen Entlastung und wünschen sich mehr Zeit für den Unterricht sowie für individuelle pädagogische Begleitung und Elternarbeit. Im Moment überfrachten wir Lehrkräfte mit Verwaltungs- und Organisationstätigkeiten: sie organisieren Klassenfahrten, holen mühsam Genehmigungen ein, sammeln Gelder ein oder klären in Dauerschleife mit den Eltern schulorganisatorische Fragen. All das sind Aufgaben, für die es kein Lehramtsstudium braucht und die wir auf Schulverwaltungsfachkräfte auslagern wollen. Analog zur Schulsozialarbeit wollen wir auch für Schulverwaltungsfachkräfte ein Landesprogramm zur Entlastung der Schulträger vorantreiben. Zudem wollen wir Lehrkräften mehr Möglichkeiten zur Ausübung ihrer Profession geben. Sie selbst wissen am besten, was ihre Schüler:innen brauchen und beweisen immer wieder, dass es ihnen nicht an Ideen mangelt, Schulen zukunftsfest und am Kind orientiert zu gestalten. Wir wollen ihnen die hierfür nötigen Freiräume geben und wehren uns gegen jede Form der weiteren Zentralisierung, die diese Freiräume wieder begrenzt.

Die Arbeit der Schulleitungen wird immer vielschichtiger. Im Rahmen einer Qualifizierungsoffensive wollen wir sie insbesondere in den Bereichen Personal- und Organisationsmanagement unterstützen. Konrektor:innen und dauerhaft besetzte Sekretariate von Mo-Fr sollten außerdem in allen Schulformen die Regel und nicht die Ausnahme sein.

Multiprofessionelle Teams

Multiprofessionelle Teams sind mehr als Schulsozialarbeit oder Schulverwaltungskräfte. Wir wollen allen Schulen ermöglichen, neben den Fachlehrkräften und Förderschullehrkräften auch dauerhaft Schulgesundheitsfachkräfte, Integrationsfachkräfte, therapeutische Fachkräfte,

Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache, Digitalcoaches sowie Jobfüchse unbürokratisch in ein für sie passendes Schulteam einzubauen. Auch so entlasten wir unsere Lehrkräfte und Schulleitungen. Die Zusammenarbeit mit der Kinder- und Jugendhilfe muss da, wo es sinnvoll ist, vielfältiger und flexibler ausgestaltet werden können, um allen Empfänger:innen das bestmögliche Angebot zu bieten.

Digitalstrategie Bildung

Im Rahmen der Schulgesetz-Novelle haben wir wichtige Grundlagen für digitale Lehr- und Lernsysteme als Bestandteil des regulären Unterrichts geschaffen. Unser Ziel ist es, Schüler:innen kritisch-reflexiv an neue Technologien heranzuführen, sowie Lerninhalte interaktiv und barrierefrei entlang ihrer Lebenswelt zu vermitteln. Hierfür brauchen wir eine leistungsfähige Infrastruktur, technischen Support und gut geschulte Lehrkräfte. Aber Digitalisierung in der Bildung ist mehr als die Verfügbarkeit von Hardware und mehr als das Erlernen der Nutzung von Geräten. Statt also das Lernen nur digital zu stützen, indem wir beispielsweise E-Books statt herkömmlicher Bücher nutzen, wollen wir Lehr- und Lernprozesse unter den Bedingungen einer Kultur der Digitalität von Anfang an neu denken. Lernen wird auf diese Weise kollaborativer, selbstständiger, individueller, bedürfnisorientierter und damit inklusiver. Lehrkräfte geben in dem Zusammenhang für einzelne Themengebiete nur den Rahmen vor und begleiten ihre Schüler:innen im weiteren Prozess, statt ihnen das Wissen selbst konkret zu vermitteln. So erarbeiten sich künftig Schüler:innen Teile des Schulstoffs auch individuell. Währenddessen generieren Algorithmen zusätzlich passgenaue weitere Übungen und Vertiefungsaufgaben. Was wir bereits von Computerspielen kennen, lässt sich so auch auf Schule übertragen. Auf diese Weise gelingt der Lernsoftware also, was Lehrkräfte im Alltag oft überfordert: Sie bietet stets angemessen schwierige, aber lösbare Herausforderungen auf der nächsten Lernstufe an.

Wir sehen in der Digitalisierung und in einer Kultur der Digitalität auch das Potential, unsere Schulen chancengerechter zu gestalten, Prozesse wie die Unterrichtsplanung und Unterrichtsgestaltung, Korrekturen sowie die Kommunikation mit den Eltern zu erleichtern und auf diese Weise Freiräume für unsere Lehrkräfte, pädagogischen Fachkräfte, Führungs- und Verwaltungskräfte zu schaffen. Dabei muss durchgehend die digitale Barrierefreiheit umgesetzt werden, um allen einen Zugang zu gewähren und die Potentiale der Digitalisierung voll auszuschöpfen.

Damit dies gelingt, werden wir für eine verpflichtende fortwährende Fort- und Weiterbildung von Schulleitungen und Lehrkräften im digitalen Bereich sorgen und uns dafür stark machen, dass die Finanzierung einer besseren digitalen Ausstattung der Schulen ressourceneffizient, zielgerichtet sowie mithilfe von Bundesmitteln fortgeführt wird. Den Lehrkräften wollen wir zukünftig auch außerhalb von Fortbildungsangeboten Digitalcoaches zur Seite stellen, die bei alltäglichen Fragen medienpädagogisch versiert unterstützen.

Neben einer flächendeckenden Stärkung des Informatikunterrichts setzen wir uns auch für die Einführung des Wahlpflichtfachs Informatik an allen Schulen der Sekundarstufe I ein.

Schule braucht den richtigen Raum

Modern gestaltete Schulgebäude mit Rückzugsbereichen, Möglichkeiten zur Umsetzung innovativer Unterrichtskonzepte, umfassende Barrierefreiheit sowie grüne, naturnah gestaltete Außenbereiche mit viel Raum für die eigenen Bedürfnisse sind unerlässlich für die Umsetzung all dieser Ideen. Im Rahmen des Kommunalen Investitionsprogramms Klimaschutz und Innovation (KIPKI) erhalten Schulen auf unkompliziertem Wege Fördermittel etwa zur Entsiegelung der Schulhöfe, für mehr Bäume und Pflanzen sowie schattige Rückzugsorte, damit Schule ein lebenswerter Ort wird.

Diesem Ziel haben wir uns auch bei der inhaltlichen Ausrichtung der neuen Schulbaurichtlinie verschrieben und mit Erfolg dafür gesorgt, dass moderne Pädagogik und Schulinfrastruktur gemeinsam gedacht werden und im Rahmen eines breiten Beteiligungsprozesses gemeinsam gestaltet werden kann. Nichtsdestotrotz verzeichnen wir einen massiven Sanierungsstau, den die Kommunen nicht mehr allein stemmen können. Daher machen uns für ein Landesprogramm zur Sanierung unserer Schulgebäude stark.

Begründung

erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Tobias Lindner (KV Germersheim); Tabea Rößner (KV Mainz); Lea Siegfried (KV Kaiserslautern); Jutta Paulus (KV Neustadt/Wstr); Sarah Rößel (KV Ahrweiler); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Josef Winkler (KV Rhein-Lahn); Katrin Eder (KV Mainz); Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen); Katharina Binz (KV Mainz); Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich); Lisett Stuppy (KV Donnersberg); Carl-Bernhard von Heusinger (KV Koblenz)